

doch die Frage lautet: „Sind Sie für Eingemeindung oder für weitere Selbständigkeit“, so ist ein breites Votum für die Selbständigkeit in der Regel bereits durch die Fragestellung vorgegeben. Wollte der Gesetzgeber solche Voten berücksichtigen, käme er mit einer sinnvollen Neuordnung nicht weiter. Man muß den Initiatoren solcher Bürgerinitiativen sagen, daß ihr Eintreten für die Selbständigkeit ihrer Gemeinde legitim ist, und daß die Mitglieder des Ausschusses für Verwaltungsreform auch bereit sind, ihre Argumente in jedem Einzelfall ernsthaft zu prüfen, daß aber der Ruf „nur keine Veränderung!“ kein ausreichendes Argument sein kann. Der Gesetzgeber trägt die Verantwortung für eine umfassende, auf zukünftige Problemstellungen ausgerichtete Reform und kann sich dabei nicht von Gefälligkeitsmaßstäben leiten lassen. Den Vorwurf mangelnder Aufklärung der Bevölkerung kann die SPD-Fraktion nicht auf sich sitzen lassen. Seit Jahren reisen die Mitglieder des Fachausschusses über Land und erläutern Ziele, Verfahren und Auswirkungen der Neuordnung.

F.D.P.: Mehr Aufklärung, keine Volksabstimmung

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Vorsitzende Hans Koch:

Kaum eine Maßnahme des Gesetzgebers ist geeignet, derart Emotionen hervorzurufen, wie Maßnahmen zur kommunalen Neugliederung. Die F.D.P.-Fraktion begrüßt grundsätzlich jede Art von Engagement der betroffenen Bürger, insbesondere auch in Form von Bürgerinitiativen.

Es ist aber nicht zu übersehen, daß bei den Bürgerinitiativen, die sich gegen die kommunale Neugliederung richten, vielfach einseitig die begrenzten Interessen nur einer Gemeinde oder auch nur einzelner Berufsgruppen in den Vordergrund gestellt werden und die übergeordneten Interessen nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Schon aus diesem Grunde wendet sich die F.D.P.-Fraktion dagegen, daß den „Aktionen Bürgerwille“ und den von ihnen durchgeführten „Volksbefragungen“ ein zu großes Gewicht bei den Entscheidungsprozessen zur kommunalen Neugliederung eingeräumt wird. Emotionell aufgeladene Aktionen und Befragungen mit einseitiger Zielrichtung sind keine geeignete Entscheidungsgrundlage.

Die Verwaltung der Gemeinde wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt und die Bürgerschaft durch den Rat vertreten. Dieser Grundsatz hat auch in § 16 Abs. 2 der Gemeindeordnung seinen Niederschlag gefunden. Die Fraktion der F.D.P. ist der Auffassung, daß durch die gesetzliche Regelung die Bürgerschaft ausreichend an den gemeindlichen Entscheidungsprozessen beteiligt ist; für eine besondere Volksbefragung – auch wegen der damit verbundenen verfassungsrechtlichen Problematik – sieht sie keinen Anlaß.

Von einer Entscheidung „am Volk vorbei“ kann aus den erwähnten Gründen nicht gesprochen werden. Aufgabe der Politiker ist es aber, in noch stärkerem Maße als bisher sachliche Aufklärungsarbeit in den Gemeinden, die von der kommunalen Neugliederung betroffen sind, zu leisten.

Porträt der Woche

Klagt der eine: „Der Hamel hat mich damals so oft gedöpt.“ Erwidert der andere: „Aber zweimal zuwenig, sonst wärest Du nicht Minister geworden.“ Mit diesen Frotzeleien pflegen sich Willi Weyer und Peter Hamel an jene Zeiten zu erinnern, da sie Ende der zwanziger und in den frühen dreißiger Jahren – der eine als Stürmer bei Hagen 94, der andere als Verteidiger bei Lüdenscheid 01 – in Wasserball-Turnieren aufeinandertrafen.

Heute kämpfen die beiden auf anderem Feld und nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander, nämlich als Bundesgenossen innerhalb der sozial-liberalen Koalition. Während der eine inzwischen als Innenminister und (Ehren-)Vorsitzender seiner Landespartei von sich reden machte, gehört der andere freilich eher zu den Stillen im Lande: Als ehemaliger Bürgermeister von Lüdenscheid, als SPD-Fraktionsvorsitzender im dortigen Kreistag sowie als Chef von SPD-Ortsverein und Stadtverband ist Peter Hamel (58) in seiner engeren westfälischen Heimat zwar „bekannt wie ein bunter Hund“ (Hamel über Hamel). Als direkt gewählter Landtagsabgeordneter (seit 1970) und stellvertretender Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses ist er aber bisher kaum ins Rampenlicht getreten. Vor dem Plenum hat er überhaupt er einmal gesprochen, als er Anfang 1972 den Bericht seines Ausschusses abstattete.

Ihn deshalb als farblosen Hinterbänkler zu bezeichnen, würde den sprichwörtlichen Nagel dennoch nicht auf den ebenso sprichwörtlichen Kopf treffen. Denn Peter Hamel, dessen Gesichtszüge bereits seinen widerborstigen Eigensinn verraten, ist alles andere als farblos und schon gar nicht bequem. Und in der Not, als „kleiner“ Parlamentarier die Ausgabenwirtschaft einer mächtigen Exekutive zu kontrollieren, hat er eine Tugend entwickelt, die billige Popularitätschascherei ausschließt, nämlich Diskretion. Will heißen: „Es gibt eine



Peter Hamel (SPD)

Grenze, hinter der das Menschenrecht höher steht als alles andere.“ Gelegentlich auch höher als das Recht der Öffentlichkeit auf Information: Mancher Beamte oder Angestellte im öffentlichen Dienst, der Steuergelder aus menschlicher Schwäche ordnungswidrig verwaltete, verdankt es Hamel, daß er der Presse nicht geradenwegs zum Fraß vorgeworfen wurde.

Einsicht in die Fehlsamkeit des Menschen hindert den gebürtigen Lüdenscheider freilich nicht daran, die staatliche Ausgabenwirtschaft an den strengen Maßstäben des pedantisch wirtschaftenden Hausvaters zu messen. Denn diesen Maßstäben hat sich Peter Hamel, der nach Obersekundareife und Lehre den Kaufmannsgehilfenbrief erwarb und heute Inhaber einer gutgehenden Schleifmittelfirma ist, allemal selbst unterworfen.

Der Erfolg als mittelständischer Unternehmer hat dem ehemaligen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der nordrhein-westfälischen SPD zudem jene Selbstsicherheit verliehen, die ihn daran hindert, sich in der eigenen Partei, der er seit 1947 angehört, heute als Fremdkörper zu fühlen. Hamel, der in seiner Jugend wohl selbst so etwas wie ein „Revolutionär“ gewesen ist, hat zu den meisten Jusos in Lüdenscheid sogar „ein politisch gutes Verhältnis“. Denn seine Devise „Man muß den Menschen helfen“ kann auch der Parteinachwuchs unterschreiben.

Dirk Bavendamm